

.....
.....
.....

Datum:

Name(n) und Anschrift(en) der(s) Bauwerber(s)

Tel. Nr. _____

**An die
Baubehörde I. Instanz
p.a. Gemeindeamt
7081 Schützen am Gebirge**

PRÜFUNGSFRIST bis _____ (4 Wochen)

Bundesgebühr: **€ 14,30** je Vorhaben

A B B R U C H M E L D U N G von Gebäuden gem. § 20 Bgld BauG 1997 i.d.g.F.
--

Ich/Wir beabsichtige(n), folgende Gebäude auf dem/den Grundstück/en Nr.,
EZ., GB Schützen am Gebirge, in Schützen am Gebirge, abzurechen:

.....
.....
.....

Voraussichtlicher Beginn der Abbrucharbeiten:

**Zustimmungserklärungen der Eigentümer der unmittelbar angrenzenden
Grundstücke:**

Name, Adresse	Grdstk. Nr.	Datum, Unterschrift

Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, dass der Abbruch vorgenommen werden darf, wenn nicht binnen vier Wochen ab Einlangen dieses Schreibens bei der Baubehörde an mich/uns die Aufforderung ergeht, wegen baupolizeilicher Interessen um Abbruchbewilligung anzusuchen.

Beilagen: 1 Lageplan

.....
Unterschrift(en)

1. Die Prüfung der Baubehörde hat ergeben, dass:

- die Zustimmungserklärungen aller Anrainer nicht* vorliegen. (* gegebenenfalls streichen)

2. Stellungnahme des bautechnischen Amtssachverständigen:

- Durch den ggst. Abbruch werden baupolizeilichen Interessen offensichtlich nicht verletzt.
- Die nach Art und Verwendungszweck des Bauvorhabens gemäß § 3 Bgld BauG 1997 maßgeblichen baupolizeilichen Interessen werden offensichtlich in folgenden Punkten verletzt:
- Durch den ggst. Abbruch werden baupolizeilichen Interessen verletzt wie folgt:

.....
.....
.....

Unterschrift des Bausachverständigen:, **Datum:**

3. Die Baubehörde hat folgende Entscheidung getroffen:

- Im Gegenstande werden baupolizeilichen Interessen nicht verletzt, daher kein weiteres baubehördliches Verfahren.
- Die Kosten des Verfahrens sind vorzuschreiben.
- Baupolizeilichen Interessen werden verletzt, daher bescheidmäßige Aufforderung an den Abbruchwerber, um Abbruchbewilligung nach § 18 Bgld BauG anzusuchen.

Unterschrift des Bürgermeisters:, **Datum:**